



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221)

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 10.04.2014

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 27.03.2014**

öffentlich

- C Shell-Vorfall am 09.01.2014
Verweis der Sache aus der Sitzung der BV Rodenkirchen zur weiteren
Behandlung in den Ausschuss Umwelt und Grün**
- 2.1 Informations- und Krisenmanagement der Shell Raffinerie
Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen vom 14.03.2014
AN/0419/2014**

RM Frau Paffen spricht zum gemeinsamen Antrag unter TOP 2.1. Nach dem Brand bei INEOS 2008 habe es die gleiche Problematik wie jetzt bei Shell gegeben. Die dort lebenden Menschen fühlten sich anfangs nicht richtig informiert und seien verunsichert gewesen. Erst durch intensive Gespräche mit INEOS, der Feuerwehr und der Bevölkerung habe sich die Situation wesentlich verbessert. Die gemeinsame Kommunikation führte zu mehr Verständnis füreinander und im Störfall sei man befähigt, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Frau Paffen regt an, das gleiche Verfahren auch jetzt bei Shell zu initiieren und bittet abschließend um Zustimmung zum Antrag.

RM Herr Welpmann stimmt Frau Paffen hinsichtlich des Antrags zu. Neben dem Informationsfluss und Krisenmanagement gebe es noch einen weiteren wesentlichen Kritikpunkt, der sich auf den Zustand der Anlagen auf dem Shell-Gelände beziehe. Herr Welpmann geht auf den Bericht des Landesumweltministers vom 07.02.2014 zum Brand bei Shell (Anlage zu TOP C) ein, aus dem hervorgehe, dass die Kontrollen seit Jahren mit mangelnder Intensität durchgeführt worden seien und dementsprechend vorhandene Defizite nicht festgestellt werden konnten.

Dies sei auf das Schärfste zu kritisieren und die Shell Raffinerie aufzufordern, an den Anlagen massive Nachbesserungen vorzunehmen und sie auf den Stand der Technik zu bringen. Dies könne sich die Kommunalpolitik natürlich nur "wünschen". Zuständige Ordnungsbehörde sei die Bezirksregierung Köln und die Landesregierung mit dem Landesumweltamt.

Konkret gehe es jetzt um das angekündigte Investitionsvorhaben von 10 Mio. Euro, die Erneuerung der Nordtrasse in Wesseling, an der sich vor mehr als 2 Jahren der Kerosinschadensfall ereignet habe. Dies könne allerdings nur ein erster Schritt sein. Tatsächlich müssten alle Anlagen auf Kölner Stadtgebiet, insbesondere im Werksteil Godorf, überprüft und ggfls. erneuert werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erwarte im Laufe dieses Jahres ein konkretes Programm für diese Investitionen. Eine entsprechende Zusage habe man von Shell in einem Gespräch erhalten, so dass er verhalten optimistisch sei, dass man von dort in Zukunft Informationen in besserer Qualität erhalten werde.

RM Frau Welcker schließt sich ihren Vorrednern an. Der CDU-Fraktion seien insbesondere Informationen der Kölner Bevölkerung über das Verhalten im Krisenfall wichtig. Eine Ausbildung von Notfall Helfern, aber auch eine gemeinsame Kommunikation über die Stadtgrenzen hinaus, z. B. in Richtung Wesseling, seien notwendig, denn Schadensfälle hielten sich nicht an Stadtgrenzen.

RM Herr Dr. Albach spricht die wirtschaftliche Situation der Raffinerien mit 30 % Produktionsüberkapazität an. Er bewerte positiv, dass überhaupt in diesen Standort investiert werde und sei zuversichtlich, was die Sanierung des Kerosinsees betreffe. Allerdings vermisse er Effektivität in der Öffentlichkeitsarbeit aller Chemieunternehmen rund um Köln. Diese Unternehmen wendeten sehr unterschiedliche Strategien an. Hier sei die chemische Industrie aufgefordert, die besten Standards für alle Firmen durchzusetzen.

Auf den konkreten Fall bezogen sei er hinsichtlich der Geschwindigkeit der Information unzufrieden. In der heutigen Zeit sei "Twitter" wesentlich schneller als alles, was jemals ein Unternehmen an Kommunikation leisten könne. Wichtig sei es, neben Vertretern der Fachverwaltungen, der Bezirksregierung, Anwohner, Polizei und Feuerwehr, auch die Quellen zu beteiligen, die die Informationen veröffentlichten.

Herr Dr. Albach beantragt, den gemeinsamen schriftlichen Antrag zu erweitern. Nach "der Polizei" sollten die Worte "**der Presse, des Rundfunks, des Internets**" eingefügt werden.

Die Antrag stellenden Fraktionen sind mit dieser Erweiterung einverstanden.

SE Herr Donath spricht den gesamten Chemiegürtel rund um Köln an. Hier würden einige Unternehmen eine gute Informationspolitik betreiben. Dies könne man Shell nahelegen.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller verweist auf S. 7 des Berichts des Landesumweltministeriums, wo stehe, dass aufgrund der günstigen Wetterlage nochmal "alles gut gegangen" sei. Sie fragt den Leiter der städtischen Berufsfeuerwehr, Herrn Feyrer, wie diese die Situation einschätze, wenn eine andere Wetterlage geherrscht hätte, wie z. B. im Winter, als es häufiger eine Inversionswetterlage gab.

Herr Feyrer stimmt Frau Dr. Müller zu, dass die Wetterlage bei diesem Einsatz für die Gefahrenabwehr und damit auch für die Menschen günstig war.

Allerdings herrsche bei allen Brandereignissen – auch bei schlechteren Wettersituationen – im unmittelbaren Brandumfeld zunächst eine Thermik, die alles nach oben treibe. Zu bedenken sei jedoch, wo diese Stoffe anschließend blieben. Von anderen

Einsatzstellen wisse man, dass auch Einsatzkräfte, die weiter entfernt stünden und z. B. Maschinen bedienen, evtl. Atemschutz tragen müssen. Dies sei eine eindeutige Indikation, noch stärker darauf zu achten, dass die betroffene Bevölkerung geschlossene Räume aufsuche oder im schlimmsten Fall, dass sie evakuiert werde, wie z. B. bei den letzten Bombenfunden in Köln.

RM Herrn Dr. Albach fragt, wie die Abstimmung zwischen dem jeweiligen Unternehmen und der Feuerwehr hinsichtlich Einschätzung von Eskalationsstufen und Benachrichtigung der Feuerwehr aussehe.

Herr Feyrer antwortet, mit den Betrieben auf Kölner Stadtgebiet, die eine Werkfeuerwehr besitzen, sei eine einheitliche Vereinbarung "unter den Augen der Bezirksregierung" getroffen worden. Diese Vereinbarung regle die Zuständigkeiten, das abgestufte Meldeverfahren und die sich daraus ergebenden Maßnahmen. Sie solle dafür sorgen, dass diese Betriebe die Berufsfeuerwehr zu einem frühest möglichen Zeitpunkt als Gefahrenabwehrbehörde und als Vertreterin der Stadt Köln informieren, ohne dass sie damit rechnen müssen, dass, wenn keine Gefahr bestehe, ein unnötiger Aufwand betrieben werde und wenn eine Gefahr vorliege, frühest möglich Maßnahmen eingeleitet werden können.

Herr Feyrer führt aus, welche Konsequenzen es habe, wenn Betriebe ihrer in der Vereinbarung getroffenen Meldeverpflichtung wiederholt nicht nachkommen.

Erfahrungen hätten gezeigt, dass es ein sehr unterschiedliches Meldeverhalten gebe. Dies könne evtl. auch mit betriebsinternen Verfahren zusammenhängen, die in Folge von D- Meldungen ausgelöst würden. Man könne dies zwar nicht ändern, aber wenn ein Betrieb diese Meldevereinbarung permanent nicht einhalte, könne die Berufsfeuerwehr diese Vereinbarung kündigen und selbst nach Anscheinsgefahr in das Werk fahren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Informationen von Herrn Feyrer mit Interesse zur Kenntnis.

Anschließend stellt Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller den durch Herrn Dr. Albach mündlich ergänzten Beschlusstext unter TOP 2.1 zur Abstimmung.

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, analog zu dem 2008 erfolgreich durchgeführten Verfahren im Zusammenhang mit dem Störfall bei der INEOS GmbH und den dort gewonnenen Erkenntnissen, zusammen mit der Shell Raffinerie das derzeitige Informations- und Krisenmanagement zwischen den bei einem möglichen Störfall beteiligten Stellen zu überprüfen bzw. zu verbessern. Einzubinden sind neben Vertretern der Fachverwaltungen (Umwelt, Gesundheit, Feuerwehr), der Bezirksregierung, der Polizei, **der Presse, des Rundfunks, des Internets** und des Unternehmens auch die Anwohnerschaft, sowie Beschäftigte und ggf. Partnerunternehmen.

Auf einen ständigen Dialog mit den Anwohnern im Umfeld des Unternehmens ist besonderes Gewicht zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Auszug erhält:

02-2-0, Bürgeramt Rodenkirchen

I/37 federführend

V/57/572

m. d. B. um Kenntnisnahme und zur weiteren Verwendung.